

Mitteilungen der

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Charlottenburg - Wilmersdorf

Nr. 99 – 30.3.2015

Kontakt: [afa-cw@t-online.de](mailto:afa-cw@t-online.de), [GotthardKrupp@t-online.de](mailto:GotthardKrupp@t-online.de); <http://afacwblog.wordpress.com/>

### Ein falsches politisches Signal

#### AfA Landesvorstand von Berlin sagt Nein zum Beschluss des Aufsichtsrates von Vivantes

Der AfA-Landesvorstand hat ausführlich die Situation nach dem Aufsichtsratsbeschluss der Vivantes GmbH zur Überführung von 700 Mitarbeitern in die Vivantes Service GmbH diskutiert. In der Diskussion wurde festgehalten, dass dieser Beschluss mit den Stimmen der Senatsvertreter ein falsches politisches Signal darstellt.

- In jedem Fall wird mit der Ausgliederung ein weiterer Schritt in die zukünftige Ausweitung von prekärer Beschäftigung vollzogen
- Die befristet beschäftigten KollegInnen bei Vivantes, die in die „Therapeutischen Dienste GmbH“ ausgegliedert werden sollen, werden vor die Alternative gestellt, entweder ihre Entlassung zu unterzeichnen oder mit Lohn einbußen von 600 € der Ausgliederung zuzustimmen.
- Das ist die Absage an die Forderung der KollegInnen: Ein Betrieb – ein Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Es ist die Spaltung der Belegschaft und Schwächung unserer Gewerkschaftsorganisation

Begründet wird dies von Senatsvertretern mit dem Argument, dass mit der o.g. Entscheidung des Aufsichtsrats eine langfristige Sicherung des Betriebes gewährleistet werden könne.

Das heißt nichts anderes, als das der Senat der Meinung ist, dass im Namen der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung und der Schuldenbremse prekäre Beschäftigung unausweichlich ist.

Der Senat liefert Vivantes das größte öffentliche Krankenhaus Deutschlands, den Armutslöhnen des Dumping-Markt-Wettbewerbs aus.

Das widerspricht der Beschlusslage der Berliner SPD und kann nicht akzeptiert werden.

Nach der Diskussion wurde vom AfA-Landesvorstand einstimmig folgender Antrag an den Landesparteitag beschlossen.

#### Auflösung der Vivantes-Tochter „Therapeutische Dienste“-

#### Sofortige Aufnahme von Tarifverhandlungen für den TVöD für sämtliche Töchter von Vivantes

Die SPD-Mitglieder des Senats und die SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus ergreifen die Initiative und setzen sich gegenüber dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung dafür ein, dass die bei Vivantes gegründete Tochter „therapeutische Dienste“ wieder aufgelöst wird und die schon eingestellten Therapeutinnen einen normalen Arbeitsvertrag entsprechend dem Tarifvertrag des Mutterkonzerns Vivantes, den Tarifvertrages Öffentlichen Dienstes erhalten.

Des Weiteren setzen sich die SPD-Mitglieder im Senat und die SPD Abgeordnetenhausfraktion dafür ein, dass sofort Tarifverhandlungen für die Übernahme des TVöD aufgenommen werden.

Sie setzen sich dafür ein, dass Vivantes die notwendigen Investitionsmittel erhält, um die Finanzierung zu gewährleisten.

### **Begründung:**

In dem Beschluss des letzten Landesparteitags der Berliner SPD im November heißt es: „Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung beginnt mit dem Stopp aller Ausgründungen, beginnend mit den geplanten Ausgründungen bei Vivantes.“

In dem Antrag wurde auch festgehalten, dass das „eine sofortige öffentliche Investitionsoffensive“ erfordert.

Der Landesvorsitzende Jan Stöß, der Regierende Bürgermeister Michael Müller und der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh haben mehrfach erklärt, dass sie den Kampf prekäre Beschäftigung im Verantwortungsbereich des Landes Berlinaufnehmen wollen. Inzwischen wurde bekannt, dass am 3.12. die Vivantes - Tochter „Therapeutische Dienste“ gegründet und zum 1.1.2015 schon Personaleinstellungen vorgenommen wurden. Die Betroffenen wurden ohne Tarifvertrag und zu einem weitaus niedrigeren Lohn als im Mutterbetrieb eingestellt.

Damit wurde der Prozess zur Bildung eines weiteren Niedriglohnsektors eingeleitet.

Das kann kein Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

Die Beschäftigten bei Vivantes haben in ihrer auf ihrer Betriebsversammlung beschlossenen Resolution ihre Forderungen klar formuliert. Diese sollten wir als Auftrag an die SPD Berlin verstehen.

### **„Die Beschäftigten der Vivantes GmbH, die an der Betriebsversammlung am 9. 3. 2015 teilgenommen haben, beschließen nachfolgende Resolution:**

*Das Krankenhausfinanzierungsgesetz legt fest, dass alle Investitionen der Krankenhäuser nicht aus den Fallpauschalen der Krankenkassen, sondern aus den Haushalten der Länder zu finanzieren sind. Vivantes braucht ca. 85 Mio € jährlich, um alle notwendigen Investitionen zu bezahlen. In der Vergangenheit hat Vivantes ca. 40 Mio. € jährlich aus den Personalkosten abzweigen müssen, nur um die dringlichsten Investitionen bezahlen zu können. Die Differenz wurde nur zu einem geringen Teil vom Land Berlin ausgeglichen. Durch diese viel zu geringe Ausstattung des Unternehmens mit Investitionsmitteln seit über 10 Jahren, sind viele Gebäude in einem schlechten Zustand, so dass viel mehr Geld für Instandhaltung ausgegeben werden muss, als eigentlich erforderlich. Geld, welches die Finanzen für Personal weiter kürzt.*

#### **Wir fordern eine vollständige Auflösung des Investitionsstaus und für die Zukunft eine ausreichende und zuverlässige Finanzierung aller notwendigen Investitionen durch das Land Berlin**

*Wir fordern unsere Geschäftsführung auf, das ungesetzliche Verhalten des Landes Berlin nicht beständig durch verschärfte Sparmaßnahmen zu ermöglichen. Insbesondere ist die Tariffucht durch Tochtergründungen als besonders schädlich zu verurteilen. Dies bedeutet direkte Lohnsenkung für einige, starke Verunsicherung für fast alle der Betroffenen. Es bedeutet Entsolidarisierung, Demotivierung und Perspektivlosigkeit im Unternehmen Vivantes. Es entsteht eine Unternehmenskultur des Neides und der Missgunst.*

*Das Unternehmen Vivantes ist als einer der größten kommunalen Arbeitgeber im Gesundheitswesen Berlins ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die damit verbundene soziale Verantwortung darf tariffreie Tochterunternehmen nicht zulassen, zumal der „Tarifvertrag Zukunft“ Vivantes eindeutig festlegt, keine Tariffucht durch Tochtergründungen zu betreiben.*

#### **Wir fordern die sofortige Rückabwicklung der neugegründeten Tochter „therapeutische Dienste GmbH“**

**Wir fordern die Geschäftsführung auf keine weiteren Tochtergesellschaften zu gründen und bestehende Tochtergesellschaften wieder in die Vivantes GmbH zu integrieren. Insbesondere dürfen keine Überleitungen nach § 613 BGB durchgeführt werden. Im Unternehmen Vivantes darf es keine tariffreien Betriebe geben.**

**Vivantes ist ein Unternehmen. Alle Beschäftigten brauchen den TVöD! Wir fordern die sofortige Aufnahme von Tarifverhandlungen für einen TVöD für alle. Ver.di steht dafür bereit.“**

Diese Resolution wurde am 9.März 2015 auf einer Betriebsversammlung der Vivantes GmbH im Stage Theater Berlin bei nur einzelnen Gegenstimmen und wenigen Nichtbeteiligungen angenommen. An der Betriebsversammlung haben ca. 1500 Beschäftigte teilgenommen.